

Westdeutsche Sozialdemokratische Partei Deutschlands



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/XIV/77 - 6. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81891 - 89
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Jetzt auch Spaak Verzicht auf Friedensvertrag - Verzicht auf Wiedervereinigung	32
2	Bilanz der Bürgermeisterwahlen in Frankreich Gleichschaltung auf die Nationalversammlung blieb aus	32
3 - 4	Geschärfter Blick für die Realitäten Rückschau auf die Hamburger Tagung der SPD-Arbeitsgemeinschaften selbständig Schaffender Von Hermann Bortfeldt	
5	In Kiel sitzt das Geld locker Hintergründigkeiten in "Fall Schlegelberger" Von Ulrich Dübber	31
6	Warum sind so viele Frauen berufstätig? Die Antwort der Frauen: "Weil mein Mann zu wenig verdient"	42
7	Die blutende Wunde Vor Wiederaufnahme der Umsiedlungsaktion	45

* * *
* *

6. April 1959

Jetzt auch Spaak

ep - Es scheint schon jetzt nachhafte Politiker zu geben, die sich auf ein Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz einstellen. Am vergangenen Wochenende verwiesen wir auf den recht merkwürdigen Artikel des Pan-Europäers Graf Coudenhove-Kalergi, den dieser in der französischen Zeitung "Le Monde" veröffentlicht hatte. Schlicht und einfach sagte der Graf unter anderem darin, es sei doch in Europa eigentlich alles in Ordnung und man brauche nur den jetzigen Zustand zu legalisieren.

Jetzt hat auch NATO-Generalsekretär Spaak in Washington zur Überraschung zahlreicher westlicher Diplomaten im Grunde genommen dasselbe gesagt. Er meinte in einer Presskonferenz, ein Friedensvertrag für Deutschland sei doch eigentlich gar nicht mehr notwendig, da der Westen längst "seinen Frieden mit Deutschland gemacht" habe.

Bei der Freundschaft und "völligen Übereinstimmung", der Dr. Adenauer, Außenminister von Brabant und NATO-Generalsekretär Spaak sich oft rühmen, kann man sich ungefähr ausrechnen, was wir von den Wiedervereinigungsschwüren dieser Leute zu halten haben. Die 17 Millionen Deutschen jenseits der Elbe sind abgeschrieben und werden höchstens nur noch dann in Rechnung gestellt, wenn man glaubt, mit Hinweis auf ihre Existenz die Fortsetzung des Kalten Krieges rechtfertigen zu müssen.

Im Lichte des Artikels von Coudenhove-Kalergi und der Erklärungen des Herrn Spaak gewinnen bestimmte Manipulationen des Bonner Auswärtigen Amtes bei der Vorbereitung der jetzt gerade abgeschlossenen Konferenzen in Washington ihre besondere Bedeutung. Die Wiedervereinigung wird de facto abgeschrieben, es sei denn, sie lässt sich mit dem Rezept der sogenannten Politik der Stärke erreichen.

Es wird gewaltiger Anstrengungen aller politischen Kräfte in Deutschland, die die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden wirklich wollen, bedürfen, um unserem Volk das Schicksal der endgültigen Spaltung zu ersparen.

Bilanz der Bürgermeisterwahlen in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Bürgermeisterwahlen sind jetzt abgeschlossen. Das Ergebnis entspricht nicht ganz dem Stimmenverhältnis. Die Kommunisten wurden vielerorts durch die Einheitsfront anderer Parteien ausgeschaltet und verlieren die einzige größere Stadt, die sie noch verwalteten - Le Havre - zu Gunsten der SFIO.

Der Bürgerblocktaktik fallen allerdings auch viele Sozialisten zum Opfer. Von den hundertdrei mittelgroßen Städten und Departementshauptstädten verwaltet die SFIO nur noch 24 (vorher 33). Die französischen Sozialisten verlieren also ein Drittel der vorher verwalteten Städte; sechs an die Rechtsunabhängigen und andere bürgerliche Parteien (darunter Caerbourg), drei an die Gaullisten (Grenoble, Calais und Toulon), drei an die Radikalen (Orleans, Périgeux und Auch). Sie gewinnen aber drei kleinere Städte und behalten 21, darunter Marseille, Toulouse, Besançon, Nîmes, Clermont-Ferrand, Perpignan, Avignon, Arras, Amiens, Colmar und Limoges.

Die Rechtsunabhängigen verwalten jetzt ebensoviele Städte wie die SFIO (24) u.a. Nantes, Nancy, Metz, Rouen, Versailles. Sie verlieren sechs und gewinnen neun; darunter Brest und Montpellier.

Die Gaullisten folgen mit 17 Städten, darunter Ajaccio (Korsika), Angers, Nevers und Le Mans, verlieren aber Strassburg an die katholischen Volksrepublikaner (MRP), die in insgesamt 15 Städten den Bürgermeister stellen, u.a. in Chartres und in Rennes.

Die Radikalen und Widerstandsdemokraten behalten 15 Städte (vorher 20), darunter Lyon, Valence, Cahors und Poitiers. Ein unabhängiger Sozialist ist Bürgermeister in Châlons-sur-Marne und die Union der Demokratischen Kräfte (UD) verwaltet Belfort.

Trotz aller Bürgerblockmanöver zeigt das Gesamtbild der hundertdrei größten Provinzstädte Frankreichs also ein geträueres Bild der Volksmeinung, als die gegenwärtige Nationalversammlung. Die Kommunisten wurden zwar von den Stadtverwaltungen ausgeschaltet, die angestrebte Gleichschaltung der Gemeindeverwaltungen auf die Nationalversammlung ist aber nicht gelungen.

Geschärfter Blick für die Realitäten

Von Hermann Bortfeldt

Es ist jedesmal aufschlussreich, sich nach Abschluss der Tagungen von "Selbständig Schaffenden" in der SPD mit den Vertretern von Fachorganisationen der Mittelschichten zu unterhalten, die an diesen Tagungen teilgenommen haben. Die Verbandsvorsitzenden aus Handwerk und Einzelhandel, Geschäftsführer von Kammern, Herausgeber von Fachzeitschriften für Freie Berufe und Gewerbebetriebe und viele andere kommen als Interessierte und Beobachter. Die Zeit, in der sie zu SPD-Veranstaltungen erst gar nicht hingingen, ist längst vorüber. Die Initiativen der SPD in der Mittelschichtenpolitik, der persönliche Kontakt zwischen Sozialdemokraten und Fachverbandsvertretern haben das Fremdheitsgefühl längst überwinden lassen. Dennoch wird einem auf diesen vielleicht allzu spärlich abgehaltenen Veranstaltungen von den Abgesandten der Berufsgruppen immer wieder gesagt, wie neu und unerwartet ihnen das alles sei, was sie auf den SPD-Mittelschichten-Tagungen sehen und hören, wie "anders" als erwartet und wie beachtenswert.

Fragt man weiter, dann stellt sich heraus, dass dem gar nichts "anderes" zugrundeliegt, als die Sachlichkeit, mit der hier den Problemen zu Leibe gegangen wird. Diese illusionslose Sachlichkeit ist ungewohnt. Sie müsste denen, die es zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben, "den Mittelstand zu helfen", eigentlich selbstverständlich sein. Sie ist es nicht, weil die landläufige "Mittelstandspolitik" überwiegend in "Verfremdung" der Realität besteht. Gerade an der Fröhenheit und Objektivität wird klar, wie tief der Gegensatz zur regierungsoffiziellen und von der CDU veroreiteten "Standes"-Phrase ist. Die sozialdemokratische Mittelschichtenpolitik entstammt einer anderen Schule. Die soziologische Präzision entstammt der Eradition der Arbeiterbewegung. Es zeigt sich, dass sie eben auf die Dauer doch überlegen ist und ihre Anziehungskraft auch auf diejenigen nicht verfehlt, die hier nur "Ideologie" zu sehen geneigt waren.

Man halte nur einmal die übliche Mittelstandsromantik gegen die harte Formulierung von "Prozentangeestellten". Man vergleiche nur einmal den Honigseim, wie ihn von Merkatz beispielsweise so gern verbreitet, vom Mittelstand als der eigentlich staatstragenden Schicht, mit der Situation des Tankstellen-Inhabers gegenüber den Mineralölkonzern. Man halte einmal gegen die Macht, mit der die Manager der Grosswirtschaft ihre

Preisstrategie betreiben, die Position des Einzelhandelskaufmanns mit seinen preisgekundenen Markenartikeln, die Lage des Handwerkers, der aus Geldmangel Aufträge ablehnen muss, des Freiberuflers, der für die Ideen, die er äußert, Umsatzsteuer zahlen muss - ihm, dessen Gedanken man als Ware behandelt, sagt man, die Sozialdemokraten seien "Materialisten", dem Einzelhändler sagt man, Preisbindung sei eben freie Marktwirtschaft und dem Handwerker erzählt man, die technische Entwicklung verdränge ihn. Man braucht diese paar Vergleiche, um einzusehen, dass man sich mit den Realitäten auseinandersetzen muss und die Verbandsfachvertreter brauchen nur die echte Auseinandersetzung, damit sich - vom Stauen erholt - ihre politische Einsicht erweitert.

Als auf der III. Bundestagung der sozialdemokratischen selbständig Schaffenden in Hamburg ein langjähriges SFD-Mitglied, der nun schon seit über einem Jahrzehnt von seinen Meisterkollegen innerwieder gewählte Vorsitzende eines der grössten handwerklichen Zentralverbände, ausrief: "Unser Kampf umfasst auch die Mittelschichten!" wurde es klar, dass diese Schichten in ihrem Existenzkampf gegen die Übermacht der Kartelle nicht allein stehen. Wie es der Verbandsvertreter ("Auch Wehrer hat ja wirklich Verständnis für unsere Lebenslage, das muss man sagen!") klar wurde, dass es niemanden unter den sozialdemokratischen Politikern gibt, der nicht in der Lage und gewillt wäre, die Fragen, die eine Millionenschicht unseres Volkes an die Politik richtet, klar und entschieden, positiv und zukunftsweisend zu beantworten.

Diese Bundestagung der sozialdemokratischen selbständig Schaffenden vom 2. bis 4. April in Hamburg, mit ihrer aus allen selbständigen Berufen und aus allen Teilen der Bundesrepublik beschickten Delegiertenkonferenz, mit ihren Delegationen ausländischer Schwesterorganisationen, mit ihrer überfüllten Kundgebung in der Universität, hat nun wohl endgültig das Zerrbild beseitigt, das von den Gegnern der Sozialdemokratie über diese Partei und ihre Ansichten, über ihre führenden Leute und ihre Mitglieder gerade unter den Mittelschichten so gern vertreibt wird - vertreibt wird zu dem Zweck, den Angehörigen dieser Schichten die Augen zu verblenden, ihnen den Blick für die Wirklichkeit zu nehmen, ihre politische Sicht zu verfälschen. Verleumdung und Demagogie werden nicht verhindern können, dass die selbständig Schaffenden in Stadt und Land den Anschluss an die Politik gewinnen.

In Kiel sitzt das Geld locker

Von Ulrich Dübber

Aus Kiel kommt die Nachricht, daß das Justizministerium von Schleswig-Holstein eine gerichtliche Voruntersuchung gegen den geschäftsführenden Reichsjustizminister von 1941/42, Dr. Franz Schlegelberger, angeordnet hat. Ganz offensichtlich ist das die erste Auswirkung des SPD-Pressedienst-Artikels vom 6.3.1959 und der Kleinen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion, die von der Bundesregierung die Höhe der 131er-Pension Schlegelbergers wissen wollte und zudem fragte, ob gegen ihn jemals wegen der Beteiligung an der Ermordung des Polen Zeitglase ein Verfahren durchgeführt worden war. Es kann demnach wohl schon jetzt festgestellt werden, daß Schlegelberger seit 1950 unangefochten unter uns lebt, seit dem 1. April 1951 eine Staatssekretärs-Pension von zur Zeit 2 010,-- DM bezieht und weder Polizei noch Staatsanwalt noch Pensionsamt auf den Gedanken gekommen sind, sich Hitlers ehemaligen Justizminister näher anzusehen.

Ist es eine Annäherung zu fragen, was diese Behörden eigentlich tun? Ist den verantwortlichen Beamten jedes Pflichtgefühl abhanden gekommen, das sie hätte zwingen müssen, den Antrag Schlegelbergers auf Ruhegehalt sorgfältig nach etwaigen Ausschließungsgründen zu prüfen und von den Tatsachen, die dabei zu Tage getreten wären, den Staatsanwalt zu benachrichtigen? Was ist dieses Pensionsamt eigentlich für ein seltsamer Verein, in den offenbar jedermann eintreten kann, um anstandslos Tausendmarkscheine in die Hand gedrückt zu bekommen?

Es verschlägt einem die Sprache. Da müssen im Flüchtlingsland Schleswig-Holstein hunderttausende von Vertriebenen mühsam auf vergilbten Urkunden ihren früheren Besitzstand nachweisen, um in den Genuß der wahrhaft bescheidenen Lastenausgleichszahlungen zu kommen. Ihnen gegenüber wird mit dem Pfennig geknausert; wenn aus einem anderen Topf etwas fließt, wird es umgehend angerechnet. Als Hitler 1942 seinen Justizminister in Ehren entließ, gewährte er ihm eine außerordentliche Dotation von 100 000 RM. Bei Kriegsschluß lag das Geld auf einer Bank in Berlin. Hat sich das Pensionsamt für den Verbleib dieser - jetzt - 10 000 DM einmal interessiert? Hat es sie auf die Pension angerechnet?

Es ist an der Zeit, diese für den "Fall Schlegelberger" verantwortliche Behörde von Grund auf zu durchleuchten. Schon der "Fall Lautz" hätte für den Finanzminister Schleswig-Holsteins eine Mahnung sein müssen. Nicht viel anders steht es mit dem Kieler Justizministerium, das sich bisher offenbar peinlich gescheut hat, einen Blick in die Akten von Nürnberg zu tun.

Eine seltsame Rolle spielt auch der Bundesinnenminister. In sein Ressort fällt das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes, ihm stehen gewisse Aufsichtsrechte gegenüber den Landesverwaltungen zu, die dieses Bundesgesetz ausführen. Als die Sache Lautz zu einem Fall wurde, strengte er immerhin ein Disziplinarverfahren an. Von einer gleichen Maßnahme gegen Schlegelberger ist bis heute nichts bekanntgeworden. Es sei schon jetzt gesagt: Eine einstweilige Entziehung des Schlegelberger'schen Ruhegehalts, wozu die "Lex Schröner" eine Handhabe gibt, wird auch hier nicht erfolgen. Das Geld wird also noch jahrelang fließen.

Neben Schlegelberger beziehen weitere 15 Beamte eine Staatssekretärs-Pension aus dem 131er-Gesetz. Wird sich der Bundesinnenminister einmal für die Personalien dieser hohen Beamten interessieren oder wird er weiteres dem Zufall (oder der Opposition) überlassen?

Warum sind so viele Frauen berufstätig?

W.H. - Der Frauenarzt Dr. Anton Hofmann und der Betriebspsychologe Dietrich Kersten haben jetzt im Verlag Pfeiffer (München) ein etwa 300 Seiten umfassendes Buch herausgegeben, in dem unter anderem die Ergebnisse der Befragung von etwa 6500 berufstätigen verheirateten Frauen enthalten sind, denen man die Frage gestellt hatte, warum sie immer noch arbeiten gehen.

Das Ergebnis dieser sehr lange andauernden Untersuchungen widerspricht deutlich der Gerede, es ginge den "Doppelverdienern" lediglich um eine Vergrößerung ihres ohnehin schon vorhandenen Wohlstandes. Fast 60 Prozent der befragten Ehefrauen, meist Mütter, erklärten ihre Mitarbeit mit dem Satz: "Weil mein Mann zu wenig verdient!"

Es hat sich anhand dieser Umfrage erwiesen, daß nur 6 Prozent für besondere Anschaffungen arbeiten gehen; für Kühlschränke, Fernsehgeräte usw. 13,7 Prozent der befragten Ehefrauen äusserten sich als Flüchtlinge, die zur Gründung eines neuen Haushalts gezwungen seien, gemeinsam mit den Ehemännern auch einer täglichen ganztägigen Beschäftigung nachzugehen.

Um zu einem wirklich konkreten Bild über die Situation zu kommen, haben der Frauenarzt und der Betriebspsychologe die Frage nach dem genauen Einkommen der Ehemänner gestellt. Sie richteten an die 6500 Ehefrauen die Frage, welchen Lohn nach ihrer Auffassung der Mann haben müßte. Dabei stellte sich heraus, daß 54,8 Prozent der Befragten zufrieden wären, wenn der Gatte nahe an 500 Mark monatlich verdienen würde! 24 Prozent äusserten sich für einen Lohn zwischen 500 und 600 Mark.

Bei den weiteren Untersuchungen ergab sich, daß in der Bundesrepublik jeder dritte Beschäftigte eine Ehefrau und jede sechste von ihnen Mutter ist. Die beiden Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, daß diese doppelte Beanspruchung zu schweren Schäden führen müsse. Nahezu 80 Prozent aller berufstätigen Ehefrauen würden Frühinvaliden,

Darüber hinaus wird festgestellt, daß das Familienleben nicht mehr normal sei. Auch seelische Erkrankungen seien in solcher Fülle an der Tagesordnung. Die deutsche Familie beschreite damit einen gefährlichen Weg, weil er für viele die Selbstaufgabe bedeute.

"Es wäre an der Zeit," so formulieren die beiden Beobachter, "daß sich die Verantwortlichen in Wirtschaft und Staat mehr als bisher darüber Gedanken machen, auf welche Weise hier Abhilfe geschaffen werden könnte ..."

Die blutende Wunde

sp - Mitte Februar dieses Jahres traf im Flüchtlingslager Friedland der letzte Massentransport von Umsiedlern aus den unter polnischer Verwaltung stehenden früheren deutschen Ostgebieten ein. Es war, seit diese Aktion vor vier Jahren unter dem Stichwort der "Familienzusammenführung" begann, der 513. seiner Art. Insgesamt sind auf Grund des Abkommens zwischen dem Deutschen und dem Polnischen Rote Kreuz rund 247.000 Menschen durch Friedland gegangen. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Rote-Kreuz-Gesellschaften entwickelte sich reibungslos. Die polnischen Behörden erwiesen sich großzügig. Sie verweigerten nicht die Ausreisedokumente, die sich auf Ehepartner zu Ehepartner, Kind zu Eltern oder umgekehrt, auf Härtefälle, wie Kriegswitwen mit Kindern, aber ohne Anhang in Westdeutschland, bezogen. Auch alte Menschen ohne Anhang konnten, wenn sie wollten, natürlich unter Beachtung der Auswanderungsbedingungen, ihre Heimat ohne Schwierigkeiten verlassen.

Der 513. Massentransport sollte nach offiziellen Angaben beider Rote-Kreuz-Gesellschaften der letzte sein. Dem ist aber nicht so. Viele Tausende deutsche Oberschlesier haben den Wunsch, in die Bundesrepublik zu kommen. Allein beim Deutschen Roten Kreuz liegen über 30.000 Aussiedlungsansuchen vor; eine fast gleich hohe Zahl von umsiedlungswilligen Deutschen hat sich bei den polnischen Behörden angemeldet. Der evangelische Lagerpfarrer von Friedland schätzte kürzlich die Zahl der noch zu erwartenden Aussiedler auf etwa 120.000, ungerechnet der 20.000 Umsiedler, die auf Grund der deutsch-sowjetischen Verträge zur Familienzusammenführung in die Bundesrepublik übersiedeln wollen.

Auf welche Art die wohl letzte Phase dieser Aktion erfolgen soll, ist noch unbekannt. Das Deutsche Rote Kreuz tappt hier im Dunkeln. Die polnischen Behörden, anscheinend überrascht über die große Zahl von freiwilligen Umsiedlern, scheinen jetzt größere Schwierigkeiten machen zu wollen; sie erschweren die Ausreisebedingungen, indem sie sie entgegen der bisherigen Praxis auf "individuelle Fälle" beschränken. Die Verhandlungen zwischen den beiden Rote-Kreuz-Gesellschaften laufen jedoch weiter, so daß doch noch mit einem zufriedenstellenden Ausgang zu rechnen sein dürfte. Die Gründe für das polnische Verhalten liegen vielfach im wirtschaftlichen Bereich. Man befürchtet, da es sich jetzt bei den umsiedlungswilligen Deutschen um junge und im Arbeitsprozeß stehende Menschen handelt, eine Schwächung des eigenen Wirtschaftspotentials. Das sollte freilich für die polnischen Behörden kein Grund sein, nur eine Freizügigkeit einzuschränken, die für viele Tausende die Zusammenführung mit ihren zerrissenen Familien und dem eigenen Volke brachte.

Mangel an Großzügigkeit ist jedoch nicht nur auf der einen Seite zu verzeichnen; es muß jeden Bundesbürger doch zutiefst beschämen, daß von den Umsiedlern, die zu uns von jenseits der Oder und Weisse kamen, nach polnischen Angaben einige hundert wieder zurückgewandert sind, da sie im bundesrepublikanischen Wirtschaftswunderland keinen festen Fuß fassen konnten. Auch das gehört zum Bilde der deprimierenden Erbschaft, die uns der zweite Weltkrieg hinterlassen hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel